

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 7/2011 vom 30. Juni 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Piero Catani, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Martin Frei, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Gina Lehnher, Manfred Locher, Michael Lüthi, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann
Entschuldigt	Stadträte Lukas Lanzrein und Daniel Schenk
Schluss der Sitzung	18.25 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Der Rat wählt für den abwesenden Daniel Schenk (SVP) stillschweigend Carlo Schlatter (SVP) als Ersatzstimmenzähler.

43. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 31. Mai 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

44. Postulat P 1/2011 betreffend fundierte Analyse der Schulkommission

Fraktion der Mitte (FdM) vom 17. Februar 2011; Beantwortung

David Külling, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass die Rolle und Aufgaben der Schulkommission unterschiedlich verstanden werden. Die Einführung der geleiteten Schule und die Zentralisierung der Schulkommission erforderten einen ausserordentlichen hohen Arbeitsaufwand und ein zusätzliches Engagement. Die Fraktion dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Die Fraktion hat das Postulat Mitte Februar eingereicht, weil sie sich um die grosse Arbeitslast der Schulkommission und deren Präsidenten sorgte. Die Qualität könnte leiden, wenn aufgrund der zu hohen Arbeitsbelastungen Personen ausfallen würden. Aufgaben, Ressourcen und Befugnisse des Schulkommissionspräsidenten sind noch nicht im Gleichgewicht. Die Entschädigung ist angesichts des grossen Aufwandes zu gering. Es ist nicht selbstverständlich für diese Funktion geeignete Personen zu finden. Nun kann festgestellt werden, dass sich die Situation seit der Einreichung des Postulates entschärft hat und die Arbeitsbelastung aufgrund verschiedener Massnahmen gesunken ist. Der Gemeinderat lehnt eine Analyse der Situation zum heutigen Zeitpunkt ab, hat aber der SAKO BiSK versprochen, dass eine Evaluation auf Ende der Legislatur vorgesehen ist. Falls der Gemeinderat dies heute bestätigt, wird die Fraktion ihr Postulat zurückziehen. Wichtig ist, dass die Evaluation bis im Juni 2014 und somit vor den nächsten Schulkommissionswahlen abgeschlossen ist.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass sich das heutige Modell grundsätzlich bewährt aber noch konsolidiert werden muss. Auch gibt es ein Controllingsystem. Die Nachfragen bei den betroffenen Stellen bescheinigen der Schulkommission und dem Präsidenten eine sehr gute und effiziente Arbeit. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Analyse verfrüht. Die Fraktion lehnt aus diesem Grund das Postulat ab.

Claudine Beutler, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Umstrukturierung zu einer einzigen Schulkommission erst vor zwei Jahren stattfand. Eine solch grosse Veränderung braucht mehr Zeit zur Konsolidierung, bevor eine Evaluation sinnvoll ist. Des Weiteren wird mit dem durch den Kanton durchgeführten Controlling die Qualität sichergestellt. Die Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Bei einer Analyse zu einem späteren Zeitpunkt soll geprüft werden, ob das Präsidium als Mandat ausgeführt werden könnte.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, findet eine Analyse sinnvoll, zum heutigen Zeitpunkt aber zu früh. Sollte der Gemeinderat bestätigen, dass bis Ende der Legislatur eine Analyse vorliegen soll, wäre es sinnvoll, den Vorstoss zurückzuziehen. Im Schulbereich sind äusserst viele Akteure involviert, daher wünscht die Fraktion, dass die Analyse die Lehrerschaft und die Eltern miteinbezieht. Er weist darauf hin, dass ein Controlling keine Analyse ist.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Zusammenarbeit zwischen der Schulkommission und ihren Partnern gut funktioniert und die Schulkommission gut akzeptiert wird. Eine Analyse zum heutigen Zeitpunkt wäre verfrüht. Der Schulkommission muss Zeit gegeben werden, die Vorgaben umzusetzen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu und lehnt das Postulat ab.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, lehnt das Postulat ab. Optimierungspotential ist sicherlich vorhanden, den Beteiligten soll nun aber Zeit gelassen werden, die Strukturen zu entwickeln. Die Fraktion sieht eine

Problematik darin, dass den professionellen Schulleitungen ein Laiengremium vorsteht, weiss aber im Moment auch keine bessere Lösung.

Gemeinderätin Ursula Haller bestätigt, dass der Gemeinderat zusätzlich zum Controlling eine Analyse betreffend die Umsetzung der Bildungsverordnung bis zum Ende der Legislatur durchführen wird. In die Analyse werden die Lehrkräfte, die Eltern und die betroffenen Stellen einbezogen. Die Schule und die Schulkommission brauchen nun Zeit, um zu arbeiten und auf die neuen Gegebenheiten zu reagieren. Die Schulkommission unter Heinz Schürch macht ihre Arbeit sehr gut. Die Arbeit der Schulkommission ist sehr anspruchsvoll und zeitintensiv. Es ist daher nicht angemessen von einem Laiengremium zu sprechen.

David Külling, **Fraktion der Mitte**, zieht das Postulat zurück.

45. Interpellation I 12/2011 betreffend "Warum Steuergelder statt Parkgebühren und Parkplatzersatzabgaben für das Schlossberg-Parking?"

Fraktion Grüne vom 7. April 2011; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, verzichtet aufgrund der umfassenden Antwort auf eine Diskussion.

46. Interpellation I 3/2011 betreffend Begleitprojekte des Bypass Thun Nord

SVP-Fraktion vom 17. Februar 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort befriedigt. Die Interpellation wurde eingereicht, weil der vormalige Gemeinderat behauptete, dass die Finanzierung des Bypass Nord durch den Bund und den Kanton von der Realisierung der Begleitprojekte aus dem Agglomerationsprogramm abhängt. Der Gemeinderat legt nun in seiner Antwort klar und verständlich dar, dass die Realisierung der Begleitprojekte keinen Einfluss auf die Finanzierung des Bypass Nord hat. Erst auf die Finanzierung des zweiten Agglomerationsprogramms hätte eine Nichtrealisierung der Begleitprojekte eine Auswirkung. Dies ist für die Fraktion wichtig, da sie bei Ablehnung einzelner Begleitprojekte nicht als Verhinderin des Bypasses dargestellt werden will.

Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass es im Agglomerationsprogramm um die Koordination von Siedlung und Verkehr geht und nicht nur um bauliche Massnahmen. Der Bund wird die Massnahmen mit 40 % mitfinanzieren. In der Antwort steht, dass das heutige Agglomerationsprogramm 29 Mio. Franken kostet. Es ist anzunehmen, dass dies die Bruttokosten sind, von denen die Gemeinde sodann 30 % tragen muss. Die Fraktion fragt in einer heute eingereichten Interpellation wer bestimmen kann welche Massnahmen nicht realisiert werden und ob bereits Massnahmen weggefallen sind.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Höhe der Mitfinanzierung durch den Bund von der Ausgewogenheit des Programms abhängt. Es ist richtig, dass die Nichtrealisierung einer Massnahme den Bypass nicht gefährdet, dies könnte aber den Zugang zu späteren Fördergeldern verbauen. Zu den Massnahmen kann der Stadtrat noch einzeln Stellung nehmen.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, warnt davor, Massnahmen aus dem Agglomerationsprogramm nicht umzusetzen. Die Massnahmen nutzen Thun und werden zum grössten Teil von Bund und Kanton finanziert. Wird auf die Realisierung verzichtet, fliesst das Geld in andere Agglomerationen.

Gemeinderat Roman Gimmel informiert, dass Studierende aus Graz, die letzte Woche die Stadt besuchten, feststellten, dass die Stadt wunderschön sei, aber ein Verkehrsproblem habe. Selbstverständlich handelt es sich bei den 29 Mio. Franken um den Bruttobetrag. Die Massnahmen aus dem zweiten Agglomerationsprogramm sind noch nicht reif, um sie dem Stadtrat vorzustellen. Er bestätigt nochmals, dass die Stadt über die Realisierung jedes Projektes bestimmen kann, ohne dass der Bypass gefährdet ist.

47. Interpellation I 4/2011 betreffend Regelung für Einschulung "Kindergarten"

SVP-Fraktion vom 17. Februar 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Sandra Ryser, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort befriedigt. Die theoretischen Antworten des Gemeinderates und die Praxis widersprechen sich aber in manchen Punkten. Die Haltung des Gemeinderates, dass mit Vorgaben betreffend die Eintrittsreife der Gedanke der Teilrevision verwässert würde, ist nicht nachvollziehbar. Es soll nicht sein, dass der Kindergarten ein Kinderhütendienst wird. Es reicht nicht, die Eltern für Kurse zu motivieren. Es soll eine Pflicht sein, dass die Eltern die Sprache lernen. Auch betreffend die Ressourcen sieht der Alltag anders aus, als die Antwort vorgibt. Es wäre wünschenswert, dass die Behörden vermehrt die Kindergärten besuchen, um sich selber ein Bild zu machen. Sehr gut ist das Projekt der Integrationsbegleiterin, welches die Unterstützung von Eltern und Lehrkräften zum Ziel hat. Falls dieses Angebot durch die Eltern nicht genutzt würde, gilt es über Massnahmen und Konsequenzen zu diskutieren.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass heute schon eine Mehrheit der Kinder zwei Kindergartenjahre besucht und einzig der Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten um drei Monate verschoben wird, sodass die jüngsten Kinder bei Eintritt drei Monate jünger sind als bisher. Inzwischen bestehen auch für diese jüngeren Kinder Angebote, die vor dem Kindergarten besucht werden können. Eine Eintrittsprüfung kann sich die Fraktion nicht vorstellen. Es besteht ein Recht auf Bildung und Chancengleichheit. Gerade Kinder mit Defiziten sollen möglichst früh gefördert werden. Paradox ist, dass die SVP-Fraktion in der letzten Sesssion im Grossen Rat einen Vorstoss, welcher mehr Ressourcen für den Kindergarten forderte, abgelehnt hat und nun auf Gemeindeebene fehlende Ressourcen beklagt. Es liegt an der SVP, ihre Grossräte besser zu informieren und zu sensibilisieren. Die SP-Fraktion ist schon lange der Meinung, dass im Bereich der Frühförderung mehr investiert werden soll. Die Eltern sollen unterstützt werden, damit sie die Eigenverantwortung mehr wahrnehmen.

Gemeinderätin Ursula Haller spricht der Interpellatin ihr grosses Wissen im Schulwesen nicht ab. Es ist aber nicht richtig, dass die Behörden den Kindergarten und den Schulunterricht kaum besuchen. Der anwesende Schulkommissionspräsident hat das Votum aber sicher gehört und wird darauf achten, dass auch in Zukunft genügend Schulbesuche stattfinden. Bereits heute besuchen 87 % der Kinder freiwillig zwei Kindergartenjahre. Diese Eltern sehen die Chancen dieses Angebotes. Wenn etwas nicht gut läuft, ist das Amt für Bildung und Sport froh, wenn dies gemeldet wird.

48. Interpellation I 2/2011 betreffend Vorgänge bei der Wohnen im Alter AG (WIA AG)

SP-Fraktion vom 17. Februar 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Ursula Stöckli, **SP-Fraktion**, ist teilweise befriedigt. Die Stiftung wurde im Jahr 2007 in die WIA AG umgewandelt. Es sind in der Folge Probleme aufgetreten und viele MitarbeiterInnen und Kaderleute haben gekündigt. Aus Sicht der SP darf es nicht sein, dass die Stadt erst eingreifen kann, wenn bereits Schaden angerichtet ist und nicht von Beginn weg mitreden kann. In der letzten Woche wurde nun ein Vertreter der Stadt in den Verwaltungsrat gewählt. Die Fraktion erwartet, dass die WIA AG bezahlbare Plätze anbietet. Wie sie dies gewähren will, liegt in der unternehmerischen Freiheit der WIA AG. Im Mittelpunkt muss aber der Mensch stehen. Die Fraktion fordert den Gemeinderat auf, darauf hinzuwirken, dass noch mehr Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat Einsitz nehmen. Zudem soll er mit der GEF die Problematik des mangelnden Einflusses der Gemeinden auf Altersheime thematisieren.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass die WIA AG aufgrund ihrer vielen Plätze eine grosse Bedeutung hat. Die Stadt müsste Lösungen anbieten, sollten diese Plätze aus irgendwelchen Gründen nicht mehr angeboten werden können. In der Folge ist es legitim, dass die öffentliche Hand in den Gremien der WIA AG mitreden will. Unverständlich ist, warum nicht früher kommuniziert wurde, wer in den Verwaltungsrat gewählt wurde. Es bleibt nach wie vor ein ungutes Gefühl. Die Strukturen der WIA AG sind unklar und intransparent, es gibt unprofessionelle Abläufe, Kritik wird schlecht aufgenommen beziehungsweise eigenwillig interpretiert. Es zeigt sich, dass auch bei Privatisierungen Leitplanken notwendig sind, weil der Markt nicht alles regelt. Die Fraktion wünscht, dass die WIA AG nun ein kooperativer Partner wird und mit der notwendigen Sensibilität vorgeht.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates, der verspricht genau hinzuschauen. Die neue Führung soll jetzt eine Chance bekommen. Die Fraktion ist sehr froh, dass die Stadt nun im Verwaltungsrat vertreten ist. Es ist vorstellbar, dass die Sachkommission den Vertreter einlädt, um mit ihm die zukünftige Zusammenarbeit zu diskutieren. Nicht nachvollziehbar ist, dass ein zweiter Kandidat nicht gewählt wurde, weil er Mitglied im Stadtrat ist.

Für Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, ist unbestritten, dass Fehler passiert sind. Die Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden, weil dieser die Probleme erkannt hat. Die Stadt hat nun einen Vertreter im Verwaltungsrat und die Entflechtung zwischen Stiftung und Verwaltungsrat ist gelungen. Mehr Einfluss soll die Stadt nicht nehmen, handelt es sich doch um ein privates Unternehmen. Die neuen Leute sollen nun in Ruhe arbeiten können.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, hofft, dass die Stadt in Zukunft besser hinschaut. Am Beispiel der WIA AG sind die Probleme einer Privatisierung gut sichtbar. So hat der Staat die Kontrolle nicht mehr, muss aber die Probleme ausbaden. Sorgen bereitet, dass sich die Heimbewohner beklagen, dass das Pflegepersonal zuwenig Zeit hat. Das Pflegepersonal wiederum ist am Anschlag. Immer mehr hochqualifizierte Krankenschwestern kündigen. Kostenoptimierung ist sinnvoll, hat aber seine Grenzen. Irritierend ist, dass der Gemeinderat schreibt, dass das System der Subjektfinanzierung die Konkurrenz zwischen den Alters- und Pflegeheimen fördere und dies zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner sei. Einen Wettbewerb gab und gibt es schon immer zwischen den Altersheimen. Wenn die Konkurrenz aber nur eine ökonomische ist, ist das schlecht. Von Interesse ist, wie viel Geld dem Gesundheitssystem entzogen wird, um den Stiftungs- und Verwaltungsrat sowie die Betriebsgesellschaft zu finanzieren. Ein Vergleich zwischen dem neuen und dem alten System wäre sehr interessant. Es ist anzunehmen, dass das frühere System kostengünstiger war.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Stadt zwar Einfluss verloren hat, gleichzeitig aber grosse finanzielle Verantwortung abgeben konnte. Zudem sind viele andere privatisierte Betriebe, wie die AVAG, sehr erfolgreich. Die Privatisierung pauschal zu kritisieren ist falsch. Es stimmt, dass bei der WIA AG viele Fehler gemacht wurden. Die Fraktion hofft, dass die WIA AG diese korrigieren kann.

Gemeindrat Peter Siegenthaler ist der Meinung, dass der Bereich Wohnen im Alter finanzpolitisch und menschlich ein sehr sensibler Bereich ist. Es ist zu wiederholen, dass die Stadt keinen rechtlichen Anspruch auf einen Vertreter im Verwaltungsrat hat und dieser in diesem Gremium nicht mit Begeisterung aufgenommen wurde. Dahinter steht viel Überzeugungsarbeit. Die WIA AG hat zwei Probleme: Die Pensionskassenfrage und die Frage rund um das Falken-Gebäude. Das Gebäude eignet sich nicht besonders für ein Altersheim. Thomas Zumtor wird nun als Baufachmann den Stiftungsrat auf Mandatsbasis

unterstützen. Auf die Umstände der Besetzung des Verwaltungsratssitzes und deren Kommunikation geht er nicht näher ein. Sicherlich aber kann nicht dem Gemeinderat ein intransparentes Vorgehen vorgeworfen werden. Wichtig ist, dass der Gemeinderat nun mit der WIA AG einen intensiven Dialog pflegen und gemeinsam die Ziele der Alterspolitik definieren will. Einbezogen werden soll auch die GEF und der Seniorenrat.

49. Interpellation I 5/2011 betreffend junge Arbeitslose in der Sozialhilfe der Stadt Thun

BDP-Fraktion vom 17. Februar 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist mit der Antwort befriedigt. Es ist festzustellen, dass die Verwaltung auf verschiedenen Ebenen agiert und nicht nur reagiert. So ist zum Beispiel eine Abklärungsstelle geschaffen worden. Im Weiteren ist die Fraktion froh, dass die Welle der Ausgesteuerten ausgeblieben ist. Die Fraktion sorgt sich, dass mit der Schliessung der Schlossbergschule Ausbildungsplätze für junge Menschen verloren gehen.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, dankt für die Antwort. Die Fraktion stellt Ähnliches wie die BDP-Fraktion fest. Es ist erfreulich, dass nicht alle Ausgesteuerten auf Sozialhilfe angewiesen sind und ein Teil von ihnen Stellen gefunden hat. Die Verwaltung scheint gut gerüstet, um mit dieser Problematik umzugehen. Der Gruppe der 16- bis 18-jährigen soll aber mehr Beachtung geschenkt werden. Die Fraktion ist froh, wenn sich der Gemeinderat für die Schlossbergschule einsetzt, da mit einer Schliessung Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Erwachsene verloren gehen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler informiert über die aktuellen Zahlen. Beim Sozialdienst sind sieben Dossiers eingegangen, die auf die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zurückzuführen sind. Dies sind als weit weniger als die in den Unterlagen erwähnten 30 %.

50. Fragestunde

Folgende Fragen wurden vom Gemeinderat schriftlich beantwortet:

- **F 5/2011 betreffend zusätzlichen Unterkünften für Asylbewerber**
SVP-Fraktion vom 28. Juni 2011
- **F 6/2011 betreffend unrechtmässigen Bezügen von EO-Geldern beim Zivilschutz**
SVP-Fraktion vom 28. Juni 2011

51. Postulat betreffend Standorte der Asylbewerberunterkünfte

SVP-Fraktion vom 30. Juni 2011; Dringlichkeit

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit mit der Aktualität des Themas. Der politische Entscheid über den Standort von Asylbewerberunterkünften soll vor einer allfälligen Planung erfolgen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler lehnt die Dringlichkeit im Namen des Gemeinderates ab. Es gibt derzeit keine Anfrage betreffend Zurverfügungstellen von Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Falls eine Anfrage eintreffen würde, wird der Gemeinderat das Postulat vorziehen und vor dem ordentlichen Fristenlauf beantworten.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, stellt fest, dass die SVP-Politik auf Kosten der Schwächsten macht und lehnt darum die Dringlichkeit ab.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 22 : 15 Stimmen ab.

52. Interpellation zur geplanten Schliessung der Schlossbergschule

SP-Fraktion vom 30. Juni 2011; Dringlichkeit

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass das Postulat vor der Novembersession des Grossen Rates behandelt werden soll.

Der Gemeinderat stimmt der Dringlichkeit zu.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

Mitteilungen

Keine Mitteilungen

Eingänge

- Motion betreffend Änderung der SF Parkinggebühren und Parkplatzerersatzabgaben; Fraktion Grüne und SP-Fraktion vom 30. Juni 2011
- Postulat betreffend Standorte des Asylbewerberunterkünfte; SVP-Fraktion vom 30. Juni 2011 (Dringlichkeit abgelehnt)
- Postulat betreffend Vergütung von Solarstrom durch die Energie Thun; Martin Allemann (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2011
- Interpellation zur geplanten Schliessung der Schlossbergschule; SP-Fraktion vom 30. Juni 2011; (Dringlichkeit angenommen).
- Interpellation betreffend Verteilung von Geldern der Kulturabteilung; SVP-Fraktion vom 30. Juni 2011
- Interpellation betreffend dem Agglomerationsprogramm 1. Generation und der Massnahmen der Stadt Thun; Fraktion Grüne vom 30. Juni 2011
- Interpellation betreffend Parkierungsanlagen Bahnhof (City Süd); Fraktion Grüne und SP-Fraktion vom 30. Juni 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger